

# Sächsische Dorfzeitung

## Anzeiger für Stadt und Land

mit der Beilage: „Illustriertes Sonntags-Blatt“

### Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Albstadt und Dresden-Neustadt, für das Kgl. Amtsgericht Dresden, die Kgl. Forstrentämter Dresden, Moritzburg, Tharandt und die Gemeinde Oberlöbnitz

#### Anzeigen - Preise:

Die einpaltige Zeile 15 Pfg., unter „Ergebnis“ 40 Pfg. Anzeigen-Annahme erfolgt bis mittags 12 Uhr. — Annahmestellen sind: Hierso Buchhandlung, Hierso Meißner Gasse Nr. 4, Jussellbank, Hierso Hierso & Döpler, Hierso Hierso, G. L. Döber & Co. in Leipzig, Frankfurt a. M.; G. Kohl in Kassel; Hugo Müllers in Kassel; Otto Dietrich in Kassel; Hugo Grotz in Kassel; Ernst Höffner in Kassel; G. Grimm in Dresden; Friedrich Leubner in Kassel; Hierso Hierso in Kassel; Otto Kunath in Kassel; Max Sauer in Kassel.

Telephon: Dresden, Nr. 3916.

#### Bezugsbedingungen:

Die „Dorfzeitung“ erscheint jeden Montag vormittags 8 Uhr mit dem Datum des folgenden Tages. Die Bezugsgebühr beträgt 1.80 Mark vierteljährlich oder 60 Pfg. für jeden Monat. Die „Dorfzeitung“ ist zu beziehen durch die hiesigen Postämter, die Landbriefträger und durch andere Boten. Bei freier Lieferung ins Haus erhebt die Post noch die Zustellungsgebühr von 45 Pfg.

Telegramm-Adr.: Dorfzeitung Dresden.

Nr. 46.

Dresden, Freitag, den 24. Februar 1905.

67. Jahrgang.

### Das Neueste.

Die Pennsylvania-Universität hat gestern den Kaiser Wilhelm und den Präsidenten Roosevelt zu Ehrendoktoren ernannt.

Der Reichstag hat gestern Abend die sieben Handelsverträge endgültig angenommen.

Infolge des Streits auf den russischen Bahnen wurde gestern in Sosnowice der dort früh 9 Uhr eingetretene preussische Güterzug vom russischen Eisenbahnpersonal nicht zur Weiterbeförderung angenommen.

In Waku herrscht Panik, das Gemetzel auf den Straßen geht fort. Petroleumquellen brennen, Eisenbahnzüge sind entgleist.

Zur englischen Friedensagitation wird gemeldet, daß Eduard VII. und Balfour sie unterstützen, die militärischen Kreise aus Furcht vor Ablenkung Rußlands auf Indien abraten.

Es werden von Petersburg und von Tokio aus fest formulierte Friedensbedingungen mitgeteilt, unter denen beide Mächte gesonnen seien, Frieden zu schließen.

### Landwirtschaftlicher Groß- und Kleinbetrieb.

Die Gegner des Schutzes der nationalen Arbeit haben bei ihrem Sturmloauf gegen die neuen Handelsverträge vielfach den Versuch gemacht, den Stand der ländlichen Kleingrundbesitzer gegen den der Großgrundbesitzer auszuspielen und zwischen beiden Zwietracht zu säen. Solche Versuche entbehren aber jeder tatsächlichen Begründung. Den Kernpunkt dieser Treibereien bildet der Satz, daß die Getreidepreise nur den Großgrundbesitzern zugute kämen. Indessen dürften fast alle wirtsch. und landwirtschaftlichen Autoritäten in diesem Punkte anderer Meinung sein.

So hat beispielsweise der bekannte Professor der Landwirtschaft an der Universität Bonn, Freiherr von der Goltz, sich in seinem letzten Werke, den „Vorlesungen über Agrarwesen und Agrar-Politik“, in einem den sozialdemokratisch-freisinnigen Ausführungen gerade entgegengesetzten Sinne geäußert. Wie Professor von der Goltz nachweist, sind Getreidepreise und damit auskömmliche Getreidepreise für alle Klassen der ländlichen Bevölkerung und nicht bloß für den Stand der Großgrundbesitzer vorteilhaft. Die Großgrundbesitzer und besonders die Großbauern sind zugleich die hauptsächlichsten Arbeitgeber auf dem Lande; von ihrem wirtschaftlichen Gedeihen hängt es ab, wieviel Arbeiter sie beschäftigen und wie hoch sie diese lohnen können. Ein noch niedrigerer Stand der Getreidepreise müßte zur Folge haben, daß die Löhne sanken. Das ist durchaus nicht wünschenswert. Dazu kommt, daß der Preis des Getreides mit dem der tierischen Produkte im nahen Zusammenhange steht. Fallen die Getreidepreise, so müssen früher oder später auch die Preise der tierischen Produkte sinken. Die von den bäuerlichen Besitzern zum Verkaufe gebrachten Erzeugnisse aber sind nun vorzugsweise solche, die aus der Viehhaltung stammen. Auch die bäuerliche Bevölkerung ist daher schon aus diesem Grunde in hohem Maße an einigermassen ausreichenden Getreidepreisen interessiert. Nun kommt aber noch eine ganze Reihe anderer Umstände hinzu, die da beweisen, daß ländliche Groß- und Kleingrundbesitzer sich gegenseitig ergänzen und auf einander angewiesen sind. Dem Großgrundbesitz fällt die Aufgabe zu, bei der fortschreitenden Entvölkerung des landwirtschaftlichen Betriebes die Führerrolle zu übernehmen. Er ist, absichtlich oder unabsichtlich, der Lehrmeister der Bauern. Zwischen den großen und den bäuerlichen Betrieben findet ferner eine Art Arbeitsteilung statt. Den ersteren fällt vorzugsweise der Getreidebau, sowie die Erzeugung von Kartoffeln und Zuckerrüben behufs Herstellung von Spiritus und Zucker zu, ferner die Haltung guten Schlachtwiehes und der Wollschafzucht. Der Schwerpunkt bäuerlicher Wirtschaften dagegen liegt mehr in der Kultur von verkäuflichen Wurzelgewächsen, Handels-

früchten, Gemüse und Obst, weiter in der Aufzucht von Rind- und Ziegen, sowie in der Geflügelhaltung. Die bäuerliche Bevölkerung stellt endlich dem Großgrundbesitzer einen erheblichen Teil der benötigten Geflügel- und Tagelöhner. In treffender Weise schließt Professor von der Goltz seine hierauf bezüglichen Ausführungen mit den Worten: „Es läßt sich gar nicht entscheiden, welcher der beiden Teile der vorzugsweise gebende oder welcher der vorzugsweise empfangende ist. Nur soviel steht fest, daß der Großgrundbesitzer Schaden leidet, wenn er keine Bauern in der Nachbarschaft hat, und daß die Bauern leiden, wenn ihnen die Großgrundbesitzer fehlen.“

Es wäre dringend zu wünschen, daß die Gegner der neuen Handelsverträge und Wortführer des Freihändleriums aus diesen Ausführungen einer sicherlich auch von ihnen anerkannten Autorität recht bald und möglichst ausgiebig die Rüge für ihr praktisch-politisches Verhalten ziehen möchten.

### Politische Weltschau.

**Deutsches Reich.** Der Kaiser machte gestern früh den gewohnten Spaziergang im Tiergarten, sprach beim Reichskanzler vor und hörte im königlichen Schlosse die Vorträge des Chefs des Kabinetts Wirklichen Geheimen Rates Dr. von Lucanus, des Hausministers von Wedel und des Hofmarschalls von Trotha. Zur Frühstückstafel waren geladen der Gouverneur von Ostafrika Graf Böhm und der Vizepräsident Freiherr von Romberg aus Petersburg. Nachmittags unternahm der Kaiser einen Ausritt.

Zur Domeinweihung in Berlin werden eine ganze Anzahl deutscher Fürsten sich am 27. Februar in Berlin versammeln. So haben jetzt auch der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und seine Gemahlin, bekanntlich eine Tochter des Herzogs von Cumberland, sowie der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz ihr Erscheinen zugesagt. Die Königin Wilhelmina der Niederlande wird der Einladung des Kaisers nicht Folge leisten, sondern sich durch zwei Hofwürdenträger vertreten lassen. Mitte März wird übrigens das Kaiserpaar dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz in Strelitz einen Gegenbesuch abstatten.

„Fürst Bülow.“ Man schreibt zu den jetzt wieder auftauchenden Gerüchten, der Kaiser beabsichtige, den Reichskanzler Grafen von Bülow, nun die Handelsverträge unter Dach und Fach gebracht seien, in den preussischen Fürstenstand zu erheben: Es ist den politischen Kreisen Berlins kein Geheimnis, daß der Kaiser dem obersten Beamten des Reiches diese Auszeichnung nicht nur bereit bei früherer Gelegenheit zugebracht hatte, sondern daß der Reichskanzler tatsächlich schon einige Stunden lang Fürst gewesen ist. Das war, als es dem Grafen Bülow gelungen war, die vielumstrittene Posttarif-Vorlage im Reichstage zur Annahme zu bringen. Der Reichskanzler stattete dem Kaiser seinen Dank für die ihm zugebrachte Erhöhung ab, hat aber, von ihr Abstand zu nehmen, da er das Bestreben habe, künftighin größere Dienste zu leisten, und das Werk, das er bis jetzt vollbracht, einer so außerordentlichen Anerkennung nicht für wert ansehen könne. Der Kaiser gab diesen Vorstellungen schließlich nach und jog die Verleihung zurück.

Die Handelsverträge sind nun in dritter Lesung endgültig angenommen worden. Die und hierüber zugegangene telegraphische Meldung lautet: Der Reichstag nahm gestern in dritter Lesung den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn mit 226 gegen 79 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, an. Die Viehweidenkonvention wurde in einfacher Abstimmung angenommen. Der Vertrag mit Rußland gelangte mit 228 gegen 81 Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen, zur Annahme. Sodann wurden der italienische, belgische, rumänische, schweizerische und serbische Vertrag in einfacher Abstimmung nach einander en bloc angenommen.

Das einem Berliner Blatte aus Belgrad zugegangene Gerücht, wonach im serbischen Ministerium gegen die Annahme des deutsch-serbischen Handelsvertrages eine Mehrheit sich aufgelehnt habe, ist nicht begründet. Es gilt vielmehr als sicher, daß der Vertrag wie von dem serbischen Kabinett auch von der Skupshtina angenommen werden wird.

Im preussischen Abgeordnetenhaus äußerte Kultusminister Dr. Studt gestern in der Debatte über den Kultusetat: Die Behauptung, die preussische Volksschule sei von vornherein eine Staatsschule gewesen, ist irrig. Die Verbindung der Schule und Kirche bestand immer. Der Vorwurf, ich befände mich in der Gefolgschaft des Zentrums auf einer abschüssigen Bahn, ist der Dank für meine aufopfernde Fürsorge für die Lehrer. Auf den Lehrertagen sind tatsächlich behauerliche Verstöße vorgekommen, wogegen die Unterrichtsverwaltung einschreiten muß. Ich erkenne gern an, was der preussische Lehrerstand geleistet hat, Liebedienerei gegen das Zentrum liegt mir fern. Die Unterdrückung der katholischen Studentenverbindungen, die seit 50 Jahren bestehen, wäre der allergrößte Verstoß gegen die akademische Freiheit. Ohne jede Berechtigung greift mich die Presse täglich an, die persönlichen Angriffe vertragen ich. Ich bedauere aber die systematische Fälschung der öffentlichen Meinung.

Gegen den Toleranzantrag des Zentrums hat am gestrigen Mittwoch auch die Landesynode des Herzogtums Braunschweig Stellung genommen. Die Synode beschloß einstimmig, die Landesregierung zu ersuchen, im Bundesrat gegen den Toleranzantrag des Zentrums zu stimmen.

Im hannoverschen Hochschulstreit scheinen die Studenten Aussicht auf Sieg zu haben. Noch vorgestern Abend haben Rektor und Senat, sowie der gesamte Lehrkörper der Technischen Hochschule Sitzungen abgehalten. Am schwarzen Brett erschien darauf folgender Anschlag: „Zur Wiederherstellung des akademischen Friedens hat die Gesamtheit der Abteilungscollegien eine Kommission von 5 Herren gewählt, die bereit ist, mit der Studentenschaft in Verbindung zu treten.“ In einer weiteren Bekanntmachung bittet die neue Kommission die Studentenschaft, aus ihrer Mitte Vertrauensmänner, etwa 11, zu wählen mit dem Auftrag, zur Wiederherstellung des akademischen Friedens mit der Kommission in Verbindung zu treten.

Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ hat jetzt die kaiserliche Werft in Kiel verlassen und ist auf dem Strome an die Boje gegangen. Sie tritt heute die Ausreise nach dem Mittelmeer an und geht durch den Kanal über Lissabon nach Genua ab.

Nach Meldung des Generals von Trotha vom 21. d. M. wurde am 2. Februar das durch einen Posten der Abteilung Koppy besetzte Ullmas (120 Kilometer n.-ö. Barmbad) von etwa 70 Gontentotten angegriffen. Der Angriff wurde siegreich abgeschlagen.

**Oesterreich-Ungarn.** Nach einem Wiener Telegramm nahm das Abgeordnetenhaus die Wahl des Präsidenten vor. Graf Beter wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt. Er erklärte sich bereit, die Wahl anzunehmen. Darauf setzte das Haus, das eine Unvorsichtigkeit revoziert hat, die Beratung der Neufurtervorlage fort.

Schönerer wird heute im Abgeordnetenhaus namens der Alldeutschen beantragen: „Die Regierung wird aufgefordert, bei den mit der ungarischen Regierung eingeleiteten Verhandlungen dahin zu wirken, daß das bestehende Verhältnis durch eine Personalunion ersetzt, Dalmatien mit Kroatien vereinigt und die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina an Ungarn übertragen werde.“

**Frankreich.** Mehrere Blätter erzählen eine hochromantische Geschichte von drei unterirdischen Stodwerken und geheimen Gängen, die man unter einer Villa im Boulogner Gehölz gefunden habe, deren Mieter bis vor vier Wochen Baron de Baz gewesen ist. De Baz war Schriftführer des königstreuen Bundes der weißen Ketten und seinerzeit in der Hochverratsklage einbezogen, jedoch vom Senat, als Staatsgericht, wegen ungenügender Beweise freigesprochen worden. Die im geheimen ausgeführten Bauten unter seiner Villa scheinen zu Versammlungsorten für Verschwörer, vielleicht auch zum Versteck für einen Thronforerder bestimmt gewesen zu sein.

**Schweiz.** Gutem Vernehmen nach erhob die russische Gesandtschaft in Bern beim Bundespräsidenten Vorstellungen wegen der Veranstaltung einer Geldsammlung auf den öffentlichen Wegen von Bern zugunsten der Opfer des russischen Aufstands, wegen der Beteiligung eines Mitglieds des Berner Gemeinderates an dieser Veranstaltung, sowie